

# Laibacher Zeitung.



Nr. 45.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. 6.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 60 kr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Montag, 24. Februar

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 60 kr., 2mal 90 kr., 3mal 1.20; sonst pr. Zeile 1mal 60 kr., 2mal 90 kr., 3mal 1.20. U. f. w. Insertionsbeispiel jedesmal 30 kr.

1873.

## Ämtlicher Theil.

Der Minister des Innern hat im Einvernehmen mit den betheiligten anderen k. k. Ministerien den Expedienten J. E. Löwenfelds Witwe und Sohn die Bewilligung zur Errichtung einer Actiengesellschaft unter der Firma „Maschinen-Hufbeschlags-Actiengesellschaft“ mit dem Sitze in Wien ertheilt und deren Statuten genehmigt.

Der Minister für Cultus und Unterricht hat den Professor am Staatsgymnasium in Marburg Rudolf Prosch zum Professor am zweiten Staatsgymnasium in Graz und den Supplenten an der Landesrealschule in Graz Dr. Arthur Steinwenter zum wirklichen Lehrer am Staatsgymnasium in Marburg ernannt.

Am 21. Februar 1873 wurden in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei in Wien die italienische, böhmische, polnische, ruthenische, slovenische, kroatische und romanische Ausgabe des am 21. November 1872 vorläufig bloß in der deutschen Ausgabe erschienenen LVI. Stückes des Reichsgesetzblattes ausgegeben und versendet.

Dasselbe enthält unter Nr. 157 den Vertrag vom 18. November 1871, abgeschlossen von der k. und k. Regierung einerseits und von der Dampfschiff-Fahrts-Unternehmung des österreichisch-ungarischen Lloyd andererseits, wegen Versorgung des Seepostdienstes.

(W. Ztg. Nr. 44 vom 21. Februar.)

## Nichtamtlicher Theil.

**Gesetzentwurf, betreffend die Wahl der Mitglieder des Abgeordnetenhauses des Reichsrathes.**

(Fortsetzung.)

§ 37. Der Wahlcommissär hat für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung bei der Wahlhandlung und für die Beobachtung der Bestimmungen der Wahlordnung Sorge zu tragen. Ueberschreitungen des Wirkungsbereiches von Seite der Wahlcommission hat derselbe nicht zuzulassen.

§ 38. Die den Wählern und beziehungsweise Wahlmännern erfolgten Legitimationsarten berechnen sie zum Eintritt in das bestimmte Wahllocale und haben als Aufforderung zu gelten, sich ohne jede weitere Vorladung an dem darauf bezeichneten Tage und zu der festgesetzten Stunde zur Vornahme der Wahl einzufinden.

§ 39. An dem Tage der Wahl, zur festgesetzten Stunde und in dem dazu bestimmten Versammlungsorte wird die Wahlhandlung ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Wähler mit der Constituierung der Wahlcommission begonnen, welche die Wählerliste nebst den vorbereiteten Abstimmungsverzeichnissen und Stimmlisten übernimmt.

Ist die zur Constituierung der Wahlcommission erforderliche Anzahl von Wahlberechtigten nicht erschienen, so werden die Functionen der Wahlcommission von dem Wahlcommissär ausgeübt.

§ 40. Der Vorsitzende der Wahlcommission hat den versammelten Wählern den Inhalt der §§ 19 und 20 dieser Wahlordnung über die zur Wählbarkeit erforderlichen Eigenschaften gegenwärtig zu halten, ihnen den Vorgang bei der Abstimmung und Stimmzählung zu erklären und sie aufzufordern, ihre Stimme nach freier Ueberzeugung ohne alle eigennützigen Nebenrücksichten und Gewissen für das allgemeine Wohl am zuträglichsten halten.

§ 41. Die Abstimmung erfolgt in der Wählerklasse des großen Grundbesitzes (der Höchstbesteuerten), dann in der städtischen Wählerklasse (der Höchstbesteuerten), dann in den Landgemeinden aber mündlich oder mittelst Stimmzettel, je nachdem in dem betreffenden Lande die Wähler der Landgemeinden zum Landtage mündlich oder mittelst Stimmzettel wählen.

Bei der Wahl mittelst Stimmzettel dürfen bei sonstiger Ungültigkeit der Wahlstimme nur die behördlich erfolgten Stimmzettel in Anwendung kommen. § 31.

Auf jedem Stimmzettel sind so viele Namen zu verzeichnen, als von dem Wahlkörper Abgeordnete zu wählen sind.

§ 42. Unmittelbar vor Beginn der Abstimmung hat sich die Wahlcommission zu überzeugen, daß die zum Einlegen der Stimmzettel bestimmte Wahlurne leer ist.

Die Abstimmung beginnt damit, daß die Mitglieder der Wahlcommission ihre Stimmzettel abgeben. Hierauf

erfolgt die Abgabe der Stimmzettel von Seite der übrigen Wähler, zu welchem Ende dieselben durch ein Mitglied der Wahlcommission in der Reihenfolge, wie ihre Namen in der Wählerliste eingetragen sind, aufgerufen werden. Wahlberechtigte, welche nach geschwiegenem Aufrufe ihres Namens in die Wahlversammlung kommen, haben erst, wenn die ganze Wählerliste durchgesehen ist, ihren Stimmzettel abzugeben und sich deshalb bei der Wahlcommission zu melden.

Der Vorsitzende der Wahlcommission übernimmt von jedem Wähler den von dem letzteren zusammengefalteten Stimmzettel, legt jeden einzeln in die Wahlurne und wacht darüber, daß nicht anstatt eines mehrere Stimmzettel abgegeben werden.

Jeder Wähler hat bei Abgabe des Stimmzettels seine Legitimationskarte vorzuzeigen.

§ 43. Die Abgabe des Stimmzettels ist in der Wählerliste neben dem Namen des Wählers in der dafür vorbereiteten Colonne ersichtlich zu machen.

Diese Eintragung besorgt der Schriftführer in der Wählerliste und ein Mitglied der Wahlcommission in dem Abstimmungsverzeichnisse, in welchem die Personen, die ihren Stimmzettel abgeben, und bei Wahlen im Vollmachtswege in der Wählerklasse des großen Grundbesitzes (der Höchstbesteuerten) diejenigen Personen, in deren Vertretung die Stimmzettel abgegeben werden, nebst deren Vertretern namentlich anzuführen sind.

Das Abstimmungsverzeichnis bildet die Controle der Eintragung der Stimmzettelabgabe in der Wählerliste.

§ 44. Auch bei der mündlichen Abstimmung (§ 41) gilt die Anordnung des § 42 über Beginn und Fortgang der Stimmgebung und über Vorweisung der Legitimationskarten.

Jeder aufgerufene Wähler hat mit genauer Bezeichnung jene Person zu nennen, die nach seinem Wunsche Abgeordneter werden soll.

In der Wählerliste ist neben dem Namen des Wählers in der dafür vorbereiteten Rubrik von dem Schriftführer ersichtlich zu machen, daß der Wähler seine Stimme abgegeben hat.

Gleichzeitig führt ein Mitglied der Wahlcommission das Abstimmungsverzeichnis und ein anderes Mitglied die Stimmliste.

In dem Abstimmungsverzeichnisse sind die Wähler, welche die Stimme abgegeben, und bei jedem derselben die Person, für welche die Stimme abgegeben worden ist, namentlich anzuführen.

In der Stimmliste ist jeder, welcher als Abgeordneter eine Stimme erhält, namentlich zu verzeichnen und neben seinen Namen die Zahl 1, bei der zweiten auf ihn fallenden Stimme die Zahl 2, bei der dritten die Zahl 3 u. f. f. beizusetzen.

(Fortsetzung folgt.)

## Zur Wahlreform.

Die wiener verfassungstreuen, für Oesterreichs Machtstellung und Reichseinheit eintretenden Blätter constatieren in ihren Tagesberichten vom 20. d. neuerlich ihre Genugthuung über die günstige Wendung, welche die Wahlreformverhandlungen in den Sitzungen des Verfassungsausschusses genommen haben.

Die „N. Fr. Pr.“ schreibt: „Nicht vergebens ist die gesammte verfassungstreue Presse Oesterreichs für eine beschleunigte Discussion der Wahlreformvorlagen im Schoße des Verfassungsausschusses eingetreten. Der Verlauf der gestrigen Verhandlungen war im großen und ganzen ein sachgemäßer. Die Volksvertreter fanden sich selbst und ihre bewährten Tugenden wieder. Die Generaldebatte wurde geschlossen; einige nicht essentielle Änderungsanträge wurden zum Theil acceptiert, zum Theil der weiteren Entschliebung des Ausschusses vorbehalten. Die für die Specialberatung in Aussicht gedachten Anträge werden die Entscheidung wenig verzögern, zu sein scheint, jeden Antrag, welcher von der Regierung als nicht discutierbar bezeichnet wird, fallen zu lassen. So dürfte die Erledigung der Vorlage im Ausschusse unter günstigen Umständen noch im Laufe dieser Woche erfolgen.“

Die „Presse“ äußert sich: „Die nahezu einmüthige Mahnung an den Verfassungsausschuß, kleinliche, der Sache schädliche Gesichtspunkte bei der ferneren Verhandlung über die Wahlreform fallen zu lassen, blieb nicht ohne Einwirkung. Die gestrige Verhandlung des Ausschusses war beinahe gänzlich verschont von überflüssigen, staatspolitischen Erörterungen. Se. Exc. Minister Baron

Lasser drückte darüber auch die Befriedigung der Regierung aus, nicht ohne gleichzeitig gegen die Zumuthung sich zu verwahren, daß die Wahlreform vom Ausschusse en bloc zum Beschlusse erhoben werden müsse. Daß die Regierung diese Verwahrung nicht bloß der Form halber einbrachte, zeigt das Ergebnis der gestrigen Verhandlung, welches bereits eine Abänderung des Regierungsentwurfes zutage förderte. Die in demselben für Böhmen zugrunde gelegte Ziffer von 91 Abgeordneten wurde über Antrag des Abgeordneten Herbst auf 92 erhöht. Diese Vermehrung soll der städtischen Gruppe, und zwar dem Wahlbezirke Budweis zugutekommen, der mit Rücksicht auf seine große Ausdehnung für die Wahl zweier Abgeordneten eingerichtet werden wird. Daß dieser Zuwachs nicht den Deutschen zufällt, sei nebenbei erwähnt.“

„Deutsche Zeitung“ und „Fremdenblatt“ sprechen gleichfalls ihre Genugthuung über den Verlauf der gestrigen Verhandlungen aus. Die erstere hebt hervor, daß der Verfassungsausschuß durch die Selbstbeschränkung, die er sich bezüglich der Erörterung allgemeiner Prinzipien auferlegt habe, bereits in die Lage versetzt worden sei, zur Beschlußfassung über positive Fragen zu gelangen, während das letztere darauf hinweist, daß von den meisten Rednern des Ausschusses die Bedeutung der Vorlagen vollkommen gewürdigt und die Nothwendigkeit einer raschen Erledigung so wie der Unterdrückung etwaiger Sonderwünsche gegenüber der Bedeutung der Gesetzentwürfe für das Reich und die Verfassung anerkannt worden sei. Es sei denn auch nunmehr eine rasche Erledigung der Vorlagen im Verfassungsausschuße mit Bestimmtheit zu erwarten.

Ähnlich äußert sich die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“. Dieselbe schreibt: „Die Verfassungspartei dürfte um des Gesetzes selbst willen bereit sein, die mannigfachen Opfer zu bringen, welche der wesentlich conservative Grundzug desselben von ihr fordert. Das „Opfer“ der Verfassungspartei besteht zum wesentlichen in der Vermehrung der Abgeordneten des Großgrundbesitzes, welche sowohl das Gegengewicht gegen das bei den directen Wahlen so leicht hervortretende Uebergewicht der Massen zu bilden bestimmt als auch, wie der Minister des Innern hervorhob, durch die Wahrung aller vertretungsberechtigten Interessen bedingt gewesen ist, welche die gleichmäßige Erhöhung der Abgeordneten aller Gruppen zur Folge gehabt habe.“

## Reichsrath.

### 27. Sitzung des Herrenhauses.

Wien, 20. Februar.

Präsident Fürst Karl Auersperg eröffnet die Sitzung um 12 Uhr.

Auf der Ministerbank: Se. Durchlaucht der Herr Ministerpräsident Fürst Auersperg und Se. Exc. der Herr Minister des Innern Freiherr v. Lasser, Unterrichtsminister Dr. v. Stremayr, Justizminister Dr. Glaser, Minister Dr. Unger, Ackerbauminister Ritter v. Ehlmeckh, Minister für Landesvertheilung Oberst Horst.

Die Specialdebatte über den Gesetzentwurf der Strafprozeßordnung wird fortgesetzt. Das Wort ergreifen J. M. Hartung, Se. Exc. Justizminister Dr. Glaser, Berichterstatter R. v. Tschabuschnigg, Freiherr v. Dye, Freiherr v. Aspalttern, Abt Reschhuber, Ritter v. S. Schmerling, Freiherr v. Ritz, Ritter v. Hein, Freiherr v. Härdil, Fürst Friedrich Liechtenstein und Freiherr v. Brantobvera.

Präsident: Wir gelangen zur Verhandlung über das Einführungsgezet zur Strafprozeßordnung. Da zu demselben keine Änderungsanträge vorliegen, erübrigt bloß die besondere Bestimmung über Art. 7, welcher eine Verfassungsänderung enthält, weshalb rücksichtlich dieses Punktes eine Zweidrittel-Majorität bei der Abstimmung constatirt werden muß.

Bei der Abstimmung wird Art. 7 des Einführungsgezetes mit der erforderlichen Zweidrittel-Majorität, die übrigen Artikel des Einführungsgezetes dagegen en bloc angenommen.

Ueber Antrag des Berichterstatters Ritter v. Tschabuschnigg wird die sofortige Vornahme der dritten Lesung beschlossen und die Strafprozeßordnung nebst dem Einführungsgezet zu derselben in dritter Lesung angenommen.

Schluß der Sitzung halb 4 Uhr. Nächste Sitzung unbestimmt.



## Parlamentarisches.

Der Verfassungsausschuß setzt seine Beratungen über die Wahlreformvorlage fort. In der ersten Sitzung wurde die Verhandlung über § 7 des Gesetzes über die Reichsvertretung nach der Wahlreformvorlage fortgesetzt und die Zahl der Abgeordneten wie die Vertheilung nach den einzelnen Gruppen für Galizien, Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Steiermark, Kärnten, Krain, die Bukowina, Mähren und Schlesien festgestellt. Bezüglich Niederösterreichs wurde auf den Antrag Prestels beschlossen, die Zahl der Abgeordneten des Großgrundbesitzes um einen zu vermindern, dagegen für die Landgemeinden einen Abgeordneten mehr zu bewilligen.

Der Finanzausschuß verhandelte über die Petition der Stadt Wien um Aufhebung der Verzehrungssteuer und nahm folgende, vom Referenten Wolfrum gestellte Resolution an: „Das hohe Haus wolle beschließen: in Erwägung, daß dermalen nach der Lage der finanziellen Verhältnisse des Staates eine gänzliche Beseitigung der Verzehrungssteuer in geschlossenen Städten nicht befürwortet werden kann, wird die Petition des Gemeinderathes der Stadt Wien dem Finanzministerium mit der Aufforderung übergeben: 1. den Tarif dieser Verzehrungssteuer einer Revision in der Richtung zu unterziehen, daß unbedeutende Gegenstände und solche, deren Besteuerung den Gewerbebetrieb allzu sehr belastet, daraus entfernt werden; 2. zu erwägen, ob nicht in der Einhebung ohne Nachtheil der Staatsfinanzen eine andere Methode platzgreifen könnte.“

## Zur Action in Ungarn.

In der am 19. d. stattgehabten Sitzung des Abgeordnetenhauses interpellirte Josef Vidliczki den Finanzminister wegen des Standes der Unterhandlungen in Betreff der Bankfrage. — Im Laufe der fortgesetzten Verhandlung über das Communications-Budget entwickelt sich eine lebhafte Debatte über die Weltausstellungs-Angelegenheit. Für die Herstellung eines Relieffmodells des fumaner Hafens sind 6000 fl. präliminirt. Jfedenhi beantragt die Zusammenfassung aller auf die Weltausstellung bezüglichen Budgetposten, was mit 115 gegen 114 Stimmen abgelehnt wird. Nichtsdestoweniger beantragte Jfedenhi bei jedem folgenden Weltausstellungsposten die Streichung; seine Anträge wurden aber verworfen. — Demeter Bonis interpellirte den Justizminister, ob er den Entwurf eines Expropriations-Gesetzes für Provinzstädte vorlegen wolle. Minister Pauler antwortet, daß das hauptstädtische Expropriations-Gesetz theilweise auf die Provinzstädte werde ausgedehnt werden. — Hierauf wird die Special-Debatte über das Communications-Budget fortgesetzt und beendet.

Am 20. d. fand eine Conferenz der ungarischen Mitglieder der kroatischen Regnicolar-Deputation statt, in welcher Szell sein Elaborat über die kroatischen Forderungen vorlegte. Das Elaborat erklärt bekanntlich die kroatischen Forderungen für unerfüllbar. — In radikalistischen Kreisen herrscht die Absicht, angesichts der unendlichen Budget-Debatte das übliche Mittel zur Abkürzung der Debatten wieder anzuwenden, nämlich die Sitzungsbauer um zwei Stunden zu verlängern. Der betreffende Antrag soll demnächst gestellt werden. — Der Minister des Innern v. Tóth überreichte am 19. d. sein Demissionsgesuch dem ung. Mi-

nisterpräsidenten von Szlavh. Deak forderte Tóth brieflich auf, seine Demission zurückzuziehen. Tóth erklärte jedoch in seinem Antwortschreiben, sein Gesundheitszustand erlaube ihm nicht, Deak's Wunsch nachzukommen.

In der am 18. d. abgehaltenen Minister-rath wurde, wie der „Pester Lloyd“ meldet, der vorgelegte Gesetzentwurf über die Organisation des Königsbogens verhandelt. Nach dem Gesetzentwurfe werden unter Aufhebung der Privilegien die bisherigen Stühle und Districte mit dem Wirkungskreise von Municipien bekleidet, während die sächsische Nations-Universität ausschließlich auf die Verwaltung des gemeinsamen Vermögens der Municipien des Königsbodens beschränkt wird. Den Stühlen und Districten wurde es vorbehalten, sich bei der Organisation vereinigen zu können. Außerdem harren noch der Verhandlung im Ministerrathe: der Gesetzentwurf über die hauptstädtische Polizei und Polizeigerichtsbarkeit, sowie der Gesetzentwurf über die infolge der Provinzialisierung der Militärgränze nöthig gewordenen Anordnungen.

Am 20. d. hat, wie der „Pester Lloyd“ meldet, eine Besprechung in der Entrepots-Angelegenheit beim Handelsminister stattgefunden. Der Minister machte Mittheilungen über die bisher von der Regierung eingeleiteten Studien und erklärte zugleich, daß das Ministerium geneigt sei, etwa drei Millionen auf Adaptierung der Plätze zu verwenden und, sobald die Grundprinzipien festgestellt sind, das Nähere wegen der den Unternehmen zu gewährenden Begünstigungen zu vereinbaren. Auf eine Anfrage bemerkt der Minister, daß ein Theil der Entrepots und Docks am sarofserer Arm, der andere in der Nähe des Zollamtes angelegt werden soll. Einstimmig und energisch protestirten die anwesenden Kaufleute gegen diesen Plan. Der Minister nahm die aufgetauchten Bedenken zur Kenntnis.

## Zur Affaire Wagener-Lasker

bringt die „Nordb. Allg. Ztg.“ ein Schreiben Wagener's als Erwiderung gegen die Anklage Lasker's, dem wir nachstehende Stellen entnehmen:

„Es war meine Absicht, heute meine Antwort auf die Rede des Herrn Lasker vom 7. d. M. der Öffentlichkeit zu übergeben. Inzwischen aber ist diese Angelegenheit durch die Niederlegung der von Sr. Majestät dem König berufenen Untersuchungscommission und dem zustimmenden Beschluß des Abgeordnetenhauses in ein neues Stadium getreten.“

Ich habe daher, wenn auch ungern, auf eine detaillirte Widerlegung der gegen mich erhobenen Anschuldigungen im Wege der Presse für jetzt verzichtet. Nur einen thatsächlichen Umstand, der nicht nur meine Person betrifft, will ich nicht unterlassen, in das rechte Licht zu setzen.

Der Angriff des Herrn Lasker richtete sich bekanntlich zunächst gegen die Art und Weise, wie das Statut der pommerschen Centralbahn zustande gekommen und wie die Eintragung der Gesellschaft demnächst erreicht worden ist.

Mit Bezug auf den ersten Punkt beschränke ich mich auf die Bemerkung, daß wir unser Statut nach einem kurz zuvor seitens des Herrn Handels- und Justizministers revidirten und uns als Norm zugefertigten Statute redigirt haben.“

Mit Bezug auf den zweiten Punkt ergeht sich Wagener in einer weitläufigen Auseinandersetzung, die Lasker's Behauptungen meritorisch nicht im geringsten abschwächt. Wagener schließt seine Epistel wie folgt:

Es bleibt nur die Insinuation des Herrn Lasker gegen den Handelsrichter Herrn Elsner von Gronow: derselbe habe sich dem Herrn Handelsminister gefällig erwiesen, „durch eine Zuschrift des Herrn Handelsministers sich bewegen lassen, die Gesellschaft — soll doch wohl heißen, gegen seine eigene Rechtsansicht — in das Handels-Register einzutragen.“

Eine solche Insinuation aber ist doppelt verwerflich, wenn sie ohne jeden Beweis von einer gegen die Strafgesetze geschützten Stelle erfolgt.

Alle von mir angeführten Thatsachen aber sind actenmäßig zu belegen.“

Der Bericht über die Action der Special-Untersuchungs-Commission enthält nach der „Prov.-Corresp.“ folgende Sätze:

„In voller Einmüthigkeit wurden die Beschluß der Staatsregierung gefaßt, nach welchen eine königliche Commission unter Betheiligung des Landtages die Untersuchung der hervorgetretenen Missethate führen soll.“

Mit gleicher Einmüthigkeit wurden die Anträge der Staatsregierung im Abgeordnetenhaus angenommen. Der Vorschlag auf Einsetzung einer besonderen parlamentarischen Untersuchungs-Commission wurde zurückgezogen, indem das Haus sich überzeugte, daß das von ihm selbst erstrebte Ziel auf dem von der Regierung bezeichneten Wege am sichersten zu erreichen sein werde.

Die an und für sich so peinliche und widerwärtige Angelegenheit ist daher durch die Behandlung, welche von allen Seiten gefunden hat, zunächst ein neuer Beweis des übereinstimmenden Strebens und des Vertrauens geworden, welche zwischen der Regierung und der Landesvertretung bestehen. Darauf und auf den allseitig hervortretenden Rundgebungen einer belebten sittlichen Geistes beruht zugleich die Zuversicht, daß die ernstesten Erwägungen, welche durch die Enthüllung des Abgeordneten Lasker hervorgerufen worden sind, von nachhaltig segensreicher Wirkung für unser Vaterland sein werden.“

## Politische Uebersicht.

Laibach, 23. Februar.

Die „Wiener Correspondenz“ meldet unterm 21. d. „Wiederum ist eine Verzögerung in der endgültigen Entscheidung der Polen eingetreten, und es heißt heute allgemein, daß die langerwartete, vielfach aus- und abgesetzte Sitzung des Polenklubs erst Montag oder Dienstag stattfinden wird, wiewohl eine Anzahl galizischer Abgeordneten, welche die kurzen Reichsrathsferien zu einem Ausfluge in ihre Heimath benützen will, darauf dringen, daß der Klub schon morgen seine Entscheidung fälle. Grund dieser abermaligen Verzögerung liegt einerseits in dem Bestreben des Grafen Soluchowski, sich vor dem Zusammentritte der Klubitzung der Majorität der Klubmitglieder zu gunsten seiner Vorschläge zu versichern, andererseits in den durch die Verhandlungen mit den einzelnen polnischen Abgeordneten nothwendig erscheinenden Modificationen der von der Regierung den Polen zu bewilligenden Concessionen. Graf Soluchowski will eben bevor er mit dem Ultimatum an die Polen herantritt, das Maximum von Concession anboten in der Lage sein. Auf diese Weise nun ziehen sich die Verhandlungen zwischen Grafen Soluchowski sowohl mit der Regierung als mit den Polen in die Länge.“

Se. Majestät der Kaiser wird, wie der „All.“ berichtet, für die nächsten Tage in Pest erwartet und soll dann auch der neue ungarische Minister des Innern, bezüglich dessen Person noch keine Entscheidung

## feuisseton.

### Das vergrabene Testament.

Erzählung von Ed. Wagner.

I.

#### Der Baronet und seine Tochter.

Der Landsitz Wilchester Towers war in den Tagen seiner Blüthe einer der schönsten in ganz Kent. Seine Parks waren bekannt wegen ihrer Ausdehnung und ihrer geschmackvollen Anlage, die Gärten und Gewächshäuser wegen ihrer Auswahl von Früchten und kostbaren Pflanzen, die Ländereien wegen ihrer Fruchtbarkeit und das Schloß selbst sowohl wegen seines Adels, seiner Pracht, als auch wegen seiner fast verschwenderischen Gastfreundschaft.

Aber, wie gesagt, die Tage seiner Herrlichkeit waren vorüber.

Die Wege, Plätze und Lustgärten waren fast gänzlich der Natur überlassen, welche alles in ein üppiges Grün von wildem Gesträuch und Unkraut gehüllt hatte. Die Wirthschaftsgebäude wurden malerisch in ihrem Verfall, und die Ländereien verloren ihren alten guten Ruf.

Das Schloß war ein nach dem Styl des Zeitalters der Königin Elisabeth erbaut, stattliches Gebäude, an dessen beiden Enden sich große, viereckige Thürme befanden, von denen der eine, der die Hauptwohnungen enthielt, erst in neuerer Zeit gebaut worden war, während der andere, der „graue Thurm“ genannt,

bereits drei volle Jahrhunderte gestanden hatte und einst der Hauptsitz seines Eigentümers gewesen war.

Der alte Thurm wurde längst nicht mehr bewohnt, ausgenommen von einer alten Frau, welche ihr ganzes Leben lang den Besitzern des Gutes gedient hatte und mit einer seltenen Liebe und Ehrfurcht an dem verfallenen Thurme hing.

Der gegenwärtige Besitzer von Wilchester Towers war Baronet Archibald Wilchester. Er war Witwer und Vater von zwei Kindern, von denen das älteste, sein Sohn und Erbe, in Indien, das jüngste, ein Mädchen von zwanzig Jahren, aber daheim und sowohl Herrin in ihres Vaters Hause, als auch der Liebling seines Herzens war.

Es war an einem stürmischen Nachmittag im November, als Miss Wilchester in ihrem Privatgemach stand, im Begriff, ihre Toilette für das Mittagmahl zu beenden. Sie war ein lebenswürdiges junges Mädchen, einfach und reizend, mit regelmäßigen, griechischen Gesichtszügen, in denen sich theils Anmuth und Milde, theils Uebermuth und Stolz malten; ihr kleiner Kopf saß stolz auf einem schneeweißen, schlanken Hals, ihre Augen waren von einer bronzartigen Farbe, verbunkelten sich jedoch tief bei der geringsten Gemüthsauflage, — es waren große, sanfte, geistreiche, liebevolle Augen, voll Feuer und Glanz oder bezaubernder Sanftmuth, wie gerade die Launen des Mädchens erforderten. Sie war brav, großmüthig, voll Witz, Anmuth und Geist, und im Besitz jenes wahren Zartgefühls, welches nur reinen und edlen Naturen eigen ist.

So war Rosamunde Wilchester, die einzige Tochter des Besitzers von Wilchester Towers.

Ihr Kleid von hellrother Seide fiel hinter ihr schweren Falten auf den Teppich und schimmerte in der Gluth des Kaminfeuers. Eine Kette von in Gold gefaßten Rubinen schmiegte sich um ihren Hals, und zierlichen Handgelenke umgaben Armspangen mit baren Juwelen.

„Ich bin nun ganz fertig, Bessy,“ sagte Wilchester, sich von ihrer Kammerjungfer, einem schen lentschen Mädchen, zurückziehend. „Ich will das Gesellschaftszimmer gehen. Ist Papa zu Hause?“

„Nein, Miß,“ erwiderte das Mädchen. „Sie ist hinuntergegangen zu dem Administrator und wird eine halbe Stunde nicht zurück sein.“

„Dieser abscheuliche Administrator,“ sagte Wilchester mit einem Seufzer, indem ein dunkler Schatten über ihr heiteres Gesicht flog. „Ich wünschte, Papa ledigte sich seiner, denn ich traue diesem Menschen nicht.“

Bessy, welche in ihrer Stellung als Dienerin zugleich auf sehr vertraulichem und freundschaftlichem Fuß zu ihrer Herrin stand, theilte die Meinung derselben.

„Es wird schon dunkel,“ sagte Rosamunde, und fingen. „Wie der Wind heult! Das ist so recht für einen Spaziergang zum Administrator. Ich wundere mich, daß Papa zu dieser Stunde dahin gegangen ist.“

Sie trat ans Fenster, machte die schweren Vorhänge ein wenig zurück und blickte hinaus.

Unten im Thale, eine Meile entfernt, lag das kleine Dorf Wilchester und in geringer Entfernung an der Straße, welche direct von dem Schloß nach dem Dorf führte, das einfache Wohnhaus Amos Pabbs, des Administrators und Vertrauten Sir Archibalds.



## Tagesneuigkeiten.

— **Se. Majestät der Kaiser** haben das Protectorat über das im heiligen Lande nächst Jerusalem zu errichtende Maltheser-Ordenshospiz allergnädigst zu übernehmen geruht.

— (**Bergbau-Ingenieure.**) Die durch das Gesetz vom 21. Juli 1871 vollzogene Reform der Bergbehörden machte, um den Revierbeamten die Last der zeitraubenden Vermessungen ganz oder theilweise abzunehmen, ein Institut notwendig, welches, in den autorisierten Civilingenieuren eine Analogie findend, auf dem Gebiete der Montanotechnik fremd war. Es ist dies das Institut der Bergbauingenieure, die öffentliche Hilfsorgane der Bergbehörden zur Verpfändung der Grubenmaße, zur Erneuerung der Grenzzeichen und zur Grenzbestimmung in den Gruben und verpflichtet sind, über jeweilige bergbehördliche Aufforderung innerhalb des Revieramtsbezirktes, in welchem sie den Standort haben, sich in allen Geschäften ihres Berufes verwenden zu lassen. Die Bestimmungen über die Bestellung der Bergbauingenieure traten mit der Activierung der nach dem Gesetze vom 21. Juli 1871 organisierten Bergbehörden in Wirksamkeit. Seit diesem Tage, d. i. dem 31. Juli 1871 bis zum Schlusse des Jahres wurden 17 Bergbauingenieure, sämmtlich bei der Berghauptmannschaft Prag, berufen. Das Institut hat sonach am schnellsten in Böhmen Eingang gefunden, offenbar eine Folge des durch den äußerst regen Bergbaubetrieb herausgebildeten Bedürfnisses. Es ist anzunehmen, daß sich auch in den übrigen Berghauptmannschafts-Gebieten ein ergiebiger Feld für die Thätigkeit der Bergbauingenieure zeigen und in richtiger Auffassung des Zweckes der Einrichtung diese sich dann auch dort einbürgern wird.

— (**Todesfälle.**) Gestorben sind: am 18. d. in Graz der pensionierte k. k. Oberst Johann Zellner und der Registratordirector Alois Kohl (im 89. Lebensjahre); am 17. d. in Marburg Baronin Marie v. Rast, geb. Edle von Ringensfeld (im 76. Lebensjahre).

— (**Selbstmord.**) Am 18. d. versuchte der in Bruck an d. M. stationierte k. k. Lieutenant Baron S. des dort garnisonierenden Jägerbataillons, Sohn eines Feldmarschall-Lieutenants, sich durch einen Pistolenschuß zu entleiben. An seiner Wiedergenesung wird gezweifelt.

— (**Wolfsjagden in Steiermark.**) In Sternstein wurden Wölfe gesehen. Die Bezirkshauptmannschaft Eibitz hat alle wehrhaften Männer zur Verfolgung mit dem Beisatze aufgefodert, daß der erlegte Wolf und der Staatspreis dem Schützen gehören.

— (**Unglück auf der Eisbahn.**) Am 4. d. begaben sich 14 Kinder, welche eben die Schule verließen, in Schimtau bei Pilsen in Böhmen auf den zugefrorenen Teich, um sich zu belustigen. Plötzlich brach die schwache Decke durch und zwölf Kinder ertranken, zwei wurden gerettet.

## Locales.

### Das lacker Project.

Die „Deutsche Zeitung“ brachte Bericht, daß das fusionierte Consortium des Eisenbahnlinie Triest-Vač-Klagenfurt am 15. d. das neuausgearbeitete technische Operat für die Linie Triest-Präwald-Vač dem k. k. österreichischen Handelsministerium überreicht und sich bereit erklärt hat, diese Linie ohne staatliche Zinsengarantie binnen drei Jahren zu vollenden und dem Betriebe zu übergeben. Mit der Ausarbeitung des Projectes war Ingenieur v. Südenhorst im Vereine mit den Ingenieuren Ballon und Dr. Buzzzi betraut, welche nach gemeinsamer Feststellung der allgemeinen Richtungs- und Bauverhältnisse die Arbeit unter sich in der Weise theilten, daß die beiden triestiner Ingenieure die Strecke Triest-Präwald und Ingenieur v. Südenhorst die beiden Sectionen von Präwald nach Godovic und von Godovic nach Vač im Detail ausarbeiteten. Die Trace dieser Bahn geht von Triest über Rozzol und Longena nach Bassowizza, woselbst das Karstplateau mit der Steigung 1:40 erreicht wird. Von Bassowizza, welche Station sich ganz besonders als Knotenpunkt für die nach Pola projectierte istraner Linie eignen würde, soll die Linie über Divazza und Senojetisch nach Präwald geführt werden. Die Stationsanlage in Triest ist am Eingange der Bucht von Muggia, unterhalb St. Andrea, derartig projectiert, daß sie zwischen dem Leuchtturm und dem Arsenal des österreichischen Lloyd zu liegen kommt. Die Station Präwald soll gleichfalls eine ihrer Wichtigkeit entsprechende Anlage erhalten, da dieser Ort durch seine geographische Lage dazu berufen ist, den Vermittlungspunkt der von Triest gegen Norden und aus Italien gegen Osten gerichteten internationalen Verkehrsbewegung zu bilden. Die beiden wichtigen Schienenstränge Triest-Vač-Bodenbach und Genua-Vörz-Novi müssen in Präwald ihren natürlichen Kreuzungspunkt finden. Von Präwald zieht sich die projectierte Trace über St. Michael, Luegg, Gorzine bis zum Culminationspunkte der Wasserscheide nächst Grufize, welche mit der Steigung 1:60 erreicht und in der Höhe von 760 Metern ober der Meeresfläche überseht wird. Von hier aus senkt sich die Bahn mit dem Gefälle 1:60 bis Godovic, welcher Ort kaum eine halbe Meile von dem wichtigen Querschnitts-Bergwerke Idria entfernt ist. Nach Durchbrechung der secundären Wasserscheide, welche sich von Oberlaibach bis Idria erstreckt, gelangt die Linie in das Soprachthal und erreicht den Anschluß mit der Kronprinz Rudolfsbahn in der bestehenden Station Vač-Tratta. Die Neigungs- und Richtungsver-

hältnisse dieser Linie sind im allgemeinen, mit Ausnahme der kurzen Strecke von Triest bis Bassowizza, günstig, und kann sowohl die Wasserscheide des Birnhaumer Waldes als auch das Hochplateau von Godovic mit dem Steigungsverhältnisse 1:60 überwunden werden; in dem erwähnten Projecte wurde jedoch im Interesse der möglichst kürzesten Linie die Durchbrechung der secundären Wasserscheide von Beharfe und die Anwendung des Gefalles 1:50 in der Längenausdehnung von einer Meile zwischen Godovic und Soprach beantragt. Die effectiven Baukosten für die etwa über 15 Meilen lange Bahnlinie sind mit 24.427.129 Gulden präliminirt. Ferner wurden für die Herstellung der Stationsanlage bei St. Andrea, mit Einbeziehung der Kosten für ausgedehnte Lagerräume, Verladungsquais und Hafenversicherungen 6.639.607 fl. veranschlagt. Die Kosten dieser Linie stellen sich demnach um mehr als neun Millionen Gulden billiger und die Verbindung Triests mit der Rudolfsbahn wird auf einem um mehr als vier Meilen kürzeren Wege erzielt, als mittelst der Pred.-Linie. Nachdem letztere nur auf Staatskosten oder unter Staatsgarantie mit einem Kostenaufwande von 33.675.318 fl. ohne Stations- und Hafenanlagenkosten zustande gebracht werden könnte, während für die Linie Triest-Präwald-Vač gar keine Selbstleistung oder Garantie des Staates in Anspruch genommen wird, dürften die Vorzüge der letzteren wohl auch in maßgebenden Kreisen erkannt und gewürdigt werden.

— (**Anton Freiherr v. Cobelli**), Conservator der Baudenkmale in Krain, wurde ersucht, über die archäologische Bedeutung der Wallfahrtskirche Maria Kulm, welche nach einigen der Centralcommission zugewiesenen Ausgrabungen ein sehr merkwürdiger Bau sein soll, eingehenden Bericht zu erstatten.

— (**Ernennung.**) Der k. k. Auscultant Herr Jakob Derganc wurde zum Bezirksgerichtsadjuncten in Landstraß ernannt.

— (**Der hiesige Gemeinderath**) hielt am Freitag den 21. d. eine außerordentliche Sitzung, in welcher die eingelaufenen Reclamationen bezüglich der bevorstehenden Gemeinderathswahlen erledigt wurden. Letztere werden am 17., 18. und 20. März stattfinden.

— (**Herr Gewerksdirector Friedrich Langger**) in Sagor spendete der freiwill. Feuerwehr 10 fl.

— (**Die krainische Sparkasse**) hat ihren eigenen Rechnungsabschluß pro 1872 und unter Einem jenen des mit ihr vereinigten Pfandamtes der Deffentlichkeit übergeben. Dieser Abschluß bringt in allgemeinen Umrissen ein schätzenswerthes Bild von der frequenten Session eines der ältesten heimathlichen Geldinstitute, eines Vereines, der bereits durch mehr als 52 Jahre eine wohlthätige Wirksamkeit für das ganze Herzogthum Krain enisfollet, der nicht nur die Vermögensschaften seiner Vereinsmitglieder und jene der einlegenden Parteien bestens und in ehrenhafter Weise verwaltet, sondern auch alljährlich bedeutende Beträge den Humanitätsanstalten und werththätigen Vereinen des Landes Krain votiert hat. Die krainische Sparkasse verwaltet mit Schluß des Jahres einen Activstand von nahezu 8 1/2 Millionen Gulden; 22.971 Interessenten (Einleger) haben nahezu 6 1/2 Millionen Gulden Einlagenkapitalien und nahezu 1 Million an unbehobenen Zinsen zu fordern; im Jahre 1872 haben 12.977 Parteien mehr als 1 1/2 Millon Gulden eingelegt und es wurden an 11.264 Parteien nahezu 2 Millionen Gulden zurückgezahlt. Der Reservefond beträgt mit Schluß der Jahres 1872 nahezu 700.000 fl.; das in der Verwaltung der Sparkasse befindliche Vermögen hat sich im Jahre 1872 um mehr als 150.000 fl. gehoben. — Das Pfandamt erstreute sich — leider — einer ebenso frequenten Session; mit Schluß des Jahres 1872 befinden sich 17.667 Pfandstücke in Verwahrung, worauf ein Gesamtkapital von nahezu 100.000 fl. hastet. Der Reservefond der Sparkasse trug im Jahre 1872 zur Bedeckung der Pfandamts-Verwaltungskosten einen 2000 fl. übersteigenden Betrag bei. — Zur Beruhigung der Vereinsmitglieder und der Interessenten (Einleger) theilen wir mit, daß bei der am 30. v. M. vorgenommenen Revision die Bücher, Rechnungen und Kassebestände der genannten Institute richtig befunden wurden.

— (**Das letzte Bürgerkränzchen**) bildete am 22. d. einen glänzenden Abschluß der gemüthlichsten und angenehmsten Unterhaltungen in der heurigen Saison. Der Besuch war ein zahlreicher; Damenflor und Toiletten, wie immer, reizend; die Tanzlust eine unerstüthliche; Conversation lebhaft und ungeniert. Um Mitternacht begann die Ziehung von 20 Gewinnnummern. Die Treffer fielen auf 225, 228, 378, 464, 496, 499, 669, 830, 888, 1028, 1116, 1127, 1417, 1552, 1779, 1865, 2204, 2503, 2537, 2670. Der erste Treffer (eine goldene Damen-Cylinderuhr) fiel auf das unterste Los Nr. 1116, mithin dem Comilé zu; den zweiten (eine große Pausch-Bowle) gewann Herr k. k. Polizeirath Achtschin. An der zweiten Quadrille theilnahmen sich über 100 Paare. Unter den Gästen befanden sich auch Herr Landeshauptmann Dr. N. v. Kaltenegger und Herr Bürgermeister Karl Deschmann. Dem Comilé sollen wir für das eminente Arrangement die vollste Anerkennung.

— (**Der hiesige slowenische Lehrerverein**) gibt heute einen Faschings-Vereinsabend. Das Lustspiel „der häusliche Zwist“ gelangt zur Aufführung.

— (**Eine Corsofahrt**) wird dem Vernehmen nach am Faschingdienstag nachmittags 3 Uhr hier stattfinden.

getroffen ist, ernannt werden. Außer dem Grafen Julius Szapary ist nur noch eine Persönlichkeit ernstlich in Combination, deren Name jedoch bisher unter den Candidaten für dieses Portefeuille in der Deffentlichkeit nicht genannt worden ist. Unterbliebe die Reise des Monarchen nach Pest, dann wird sich der ungarische Ministerpräsident in Begleitung einiger Ressortminister nach Wien begeben.

Die preussische Herrenhaus-Commission für die Kirchengesetze ist zusammengesetzt aus zehn Feudalen und zehn Ministerialen; die Annahme ist gesichert, trotz lebhaftester Agitation. — Die Gerichte betreffs der Räumung der noch occupierten französischen Departements im Monate Mai sind bloße Börsenmandat. Es haben wegen Zahlung der fünften Milliarde noch keinerlei Unterhandlungen stattgefunden. — Das Reichsbeamten-Gesetz wird demnächst im Bundesrathe definitiv festgestellt.

Die „Times“ meldet telegraphisch aus Paris, daß die portugiesische Regierung ihre Vertreter im Auslande anwies, die Aufmerksamkeit der fremden Regierungen auf die Gefahren zu lenken, denen Portugal durch Errichtung der spanischen Föderativrepublik ausgesetzt sei. Die Vertreter erhielten die beruhigendsten Zusicherungen seitens der Mächte. — „Daily News“ meldet aus Madrid, daß die Nationalversammlung innerhalb 14 Tagen die Neuwahl der Municipal- und Provinzialräthe anordnen wird, worauf die Auflösung der Versammlung erfolgen soll.

Wegen einer offenbaren Verletzung des Völkerrechts durch Organe der italienischen Regierung — dieselben hatten einen in contumaciam verurtheilten Italiener, der nach Corsu geschickt war, mit List auf ein italienisches Schiff gelockt und trotz der Einsprache der Ortsbehörde weggeführt — hat die griechische Regierung bei den Großmächten Protest erhoben.

Die madridische „Gaceta“ veröffentlicht das am 16. d. M. von den Cortes votierte Amnestiegesetz. Das Gesetz lautet: „Artikel 1. Volle und unbeschränkte Amnestie wird allen Individuen ohne Ausnahme gewährt, welche wegen Theilnahme an republikanischen Insurrectionen oder wegen Manifestation gegen die Rekrutierung in Untersuchung stehen, und die betreffenden Gerichte sind angewiesen, diese Amnestie auch auf alle aus jenen Thatfachen sich ergebenden Folgen auszudehnen. Artikel 2. Die Amnestie gilt in gleicher Weise für alle Prozeßvergehen. Artikel 3. Alle Prozesse in Sachen von Vergehen, auf welche nach den beiden voranstehenden Artikeln die Amnestie Anwendung hat, sind sofort und ohne jegliche Kosten einzustellen und die Individuen, die sich in Untersuchung befinden oder ihre Strafe angetreten haben, durch die betreffenden Gerichte und Behörden in Freiheit zu setzen. Die Executive ist mit der Bekanntmachung und der Ausführung des gegenwärtigen Gesetzes betraut.“ — Der „Imparcial“ meldet: „Die Haltung mehrerer hervorragender Conservativen in der Versammlung der leitenden Junta läßt vermuten, daß die Constitutionellen dahin arbeiten, die Hohenzollern-Candidatur wieder aufs Tapet zu bringen.“

Der Präsident Grant antwortete einer Deputation Farbiger, welche verlangte, den Insurgenten in Cuba die Rechte Kriegführender zuzuerkennen, daß er alles mit seiner Pflicht vereinbarliche thun werde. Die neuerliche Correspondenz mit Spanien bezüglich Cubas wird nur über Verlangen des Congresses veröffentlicht werden.

40 Jahr in jenem Hause gelebt und während dieser Zeit im Dienste der Wittwens gestanden. Der Vater des jetzigen Baronets hatte unbeschränktes Vertrauen in ihn gesetzt und in seiner Sterbestunde seinem Sohne anempfohlen, dasselbe zu thun.

Rosamunde verfolgte mit ihren klaren Augen die Straße bis zu den dunklen Umrissen des Hauses, konnte jedoch die Gestalt ihres Vaters nicht entdecken. Sie ließ die Gardine fallen, entließ Bessy und ging in ihr Bouvoir, wo sie still und gedankenvoll in einem Rehsstuhl Platz nahm.

Raum hatte sie ihre zierlichen Füße auf die Kaminplatte gesetzt, als ein hastiges Klopfen an die Thür hör-Desorgnis, ihr Vater hereintrat.

Sir Archibald Wittchestr war kaum fünfzig Jahre alt, hübsch und vollkommen, mit einem Gesicht, welches natürliche Freundlichkeit und Gutmüthigkeit ausdrückte. Die leichten Furchen auf seiner hohen, breiten Stirne, sowie die Blässe seiner Wangen zeigten deutlich, daß er verbarg.

Als er eintrat, rief er sich kräftig die Hände, ein gewöhnliches Zeichen innerer Unruhe.

Das junge Mädchen sprang bei seinem Eintreten auf, ging ihm entgegen und ergriff seine kalten Hände mit den ihrigen.

„Wie müde und erschöpft du ansiehst, lieber Papa!“ sagte sie zärtlich, ihn nach dem Stuhl führend, den sie soeben verlassen hatte. „Ich dachte gerade an dich und freue mich, daß du kommst. Bist du nicht wohl?“ Der Baronet sank auf den Stuhl zurück und streckte seine Hände nach der lodernen Flamme aus.

(Fortsetzung folgt.)



